

hatte sie ihm nicht zugetraut. Die Wahlparole „gegen Blau-Schwarz“ hat den „Genossen“ ausgezeichnete Dienste geleistet. Allmählich aber lassen sie diese Parole, nun sie ausgedient hat, fallen und kehren in die ihnen programmatisch zugewiesene Front „gegen die bürgerliche reaktionäre Masse“ zurück. Und der von ihnen ausgehaltene Fortschritt muß nun sehen, wie er weiter kommt. So ist jetzt nach den Stichwahlen in der „Leipziger Volkszeitung“ zu lesen:

„Und die revolutionäre Armee ist in beständigem Wachstum! Um 1913 ist seit 1907 die Zahl der sozialdemokratischen Wähler gestiegen, rund um eine Million. Mehr als 30 Prozent beträgt die Zunahme in den letzten fünf Jahren. So steigt die rote Flut, so werden die Stöße revolutioniert, so wächst in rascher Progression jene Macht, die die kapitalistische Macht mit all ihren Verbrechen an der Menschheit zu überwinden berufen ist. Das ist die große Lehre der Wahlen von 1912. Gegenüber diesem Ergebnis verhält alles andere, sinkt fast zur Bedeutungslosigkeit herab. Denn wie wichtig es auch erscheinen mag, die jungerliche Mehrheit zu werben, so können wir uns doch nicht der Einsicht verhehlen, ob die Junker und Pfaffen allein eine reaktionäre Mehrheit bilden, oder ob sie dar auf angewiesen sind, die Stimmen der vom Lindergeruch der Reaktion durchdrungenen Rationalisten mitzunehmen...“

Aus einer Gegenüberstellung der bürgerlichen und der sozialdemokratischen Wahlziffern entnimmt das Leipziger Sozialistenblatt mit Freuden die Tatsache, daß die Zahl der Wähler gestiegen, daß aber der ganze Zuwachs der Sozialdemokratie anheimgefallen ist, während die Zahl der bürgerlichen Wähler sinkt. „Juridisch gesehen, geschlagen sind die konservativen Kräfte, sie weichen dem siegreichen Vorwärtsschritt der Revolution.“ So jubelt das Sozialistenblatt über die Schlage, die auch dem verbündeten Fortschritt zugefallen sind. Und der „Vorwärts“ (Nr. 18) macht es nicht anders. Er triumphiert über die „zwei schönsten Siege“ in Köln und in Hagen und über die Reihe anderer schöner Siege, die sich daran schließen: Frankfurt a. M., Breslau, Weidau, Plauen. Alles Siege über den linksliberalen, außer Köln, wo die Sozialdemokraten den „schönen“ Sieg für die rote Fahne erröckten haben. Einen bitteren Nachschmerz muß aber die Sozialdemokratie gleichwohl hinnehmen. Der erhoffte Sieg in Berlin ist ausgeblieben. Und zwar, wie das „Berliner Tageblatt“ ärgert, dadurch, daß das „Reichsmännliche Ministerium“ verhindert hat, daß die Sozialdemokratie sich in Potsdam „abwände“ und werde dort die rote Fahne aufpflanzen.

Die Novich gewählt wurde. Ueber den Wahlkampf im Kreis Wittenberg lesen wir im „Greif“ (Nr. 9 vom 23. Januar):

„Uebrigens ist in diesem Kampfe der freien Ueberzeugung der Bürger recht weitlich „nachgeholfen“ worden. So lagen im Wahllokale von Greiffenberg auf dem Tische des Wahlherrn Stimmzettel für Novich auf; in der Stimmkabine sollen Stimmen nach 7 Uhr abgegeben worden sein. Wahlaufrufe für Novich hingen am Stimmablage im Thur des Rathauses; die Bekanntmachungen betreffend die Wahl wurden nur im freimüthigen Lokalblatte veröffentlicht; von Stimmort Wählern wird darüber Klage geführt, daß sie auf der Sparrasse zu Greiffenberg von den Beamten für Herrn Novich bearbeitet wurden. Auch auf andere Beamtenkategorien soll in Greiffenberg eine starke Beeinflussung seitens der Verehrten zuzunehmen des Herrn Novich ausgeübt worden sein. Wie weit die politische Reichthum sogar Beamte fortweist, beweist die Tatsache, daß ein Gemeindevorstand, Stadtdirektor Köpfer von hier, demnach stellvertretender Staatsanwalt und stellvertretender Bezugsbeamter ist, politischen Gegnern anonyme Briefe unter Verwendung fremder Geschäftsleute zustellte. Von den von den Prefeten hauptsächlich beleidigten ist eine Strafangelegenheit bisher mit Rücksicht auf die Familie des Verletzten unterlassen worden. Weil aber inzwischen eine Entscheidung des genannten Herrn nicht einging, und weil in letzter Zeit erneut beleidigende anonyme Zuschriften an andere Mitglieder der rechtsstehenden Parteien kamen, ist jetzt von anderer Seite Strafanzeige bei der königlichen Staatsanwaltschaft in Stralsberg erstattet worden.“

Ein großes Wort. In einer Betrachtung über Friedrich den Großen schreibt die radikal-liberal-demokratische „Krafft“ (Nr. 23):

„Neder arlige Junge, der mit die Pfaffen schimpft hält sich für aufrechter und für einen Aufklärer. So einfach ist die Sache doch nicht. Ein Gegner der Kirche ist nicht schon deshalb, weil er ein Gegner ist, ein freier Geist; er kann sogar dennoch sehr beschränkt sein.“

Zu prächtig ein großes Wort gelassen aus. Ach, wenn sich doch dieses goldene Urteil die grünen Jünglinge im Schlepptau der liberalen und sozialdemokratischen Presse hinter die Ohren schreiben wollten!

Das Zentrum und die Juden. Der „Israelit“ schreibt in seiner Nummer vom 18. Januar 1912:

„Nun allerdings kann es den Gekochten nicht sein, daß das Zentrum gleich aus der ersten Wahlklausur mit 36 Mandaten siegreich hervorgeht und um weitere 30 Mandate teilweise unter recht günstigen Verhältnissen noch rinkt. Die Zentrumspartei hat sich von gelegentlichen antisemitischen Auswüchsen ihrer einzelnen Mitglieder und einzelner Kreiseorgane bei billigerweise abgesehen — als Wahlerin der konfessionellen Freiheit bewährt. Ihre Abseitz befandenes warmes Verständnis für die religiösen Bedürfnisse der Juden und die Integrität unserer religiösen Heiligtümer, die uns ja höher stehen als alle äußerliche Emanzipation und Gleichberechtigung, sichern ihr den Dank weiter jüdischer Kreise, bei denen heute der Wohlklang dieser Partei ein Gefühl der Verbündung und Befriedigung auslösen wird.“

Die Kennzeichnung der Verdienste des Zentrums um die religiöse Freiheit des Judentums trifft den Nagel auf den Kopf. Der dankbare Jude aber wählt im Durchschnitt jene, die am Zentrum haften, was der „Israelit“ an ihm lobt: den unbegreiflichen Sinn gegenüber der den positiven Klängen bekämpfenden Negation. Diese sogenannten libe-

ralen oder sozialdemokratischen Juden gehören allerdings auch zu jenen Entgleisten, die sich aus allen Lagern rekrutieren und deren Religion der Haß gegen jedes positive Bekenntnis, speziell gegen den Katholizismus, ist.

Die Fraktion der Statisten. In einer liberalen Wählerversammlung im Münchener Ständestell für die Sozialdemokrat Hosenstein als Diskussionsredner aus: „Wir brauchen keine Persönlichkeiten in den Reichstag zu schicken, sondern nur Statisten, die sich dem Parteinteresse unterordnen.“ Es ist bekannt, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion eine übermäßig große Zahl Nullen umfaßt. Wie wird es erst unter den 110 sein?

Preussische Einkommensteuerreform. Dem preussischen Abgeordnetenhaus ist die Novelle zum Einkommensteuer- und Ergänzungsteuergesetz zugegangen. Sie sieht verschiedene Maßregeln zur besseren Heranziehung des in Preußen vorhandenen Einkommens und Vermögens zur Besteuerung vor: die Verpflichtung der Arbeitgeber zur Angabe des Lohnes oder Gehaltes ihrer Angestellten, die Verpflichtung zur Vermögensangabe, die Verpflichtung zur Angabe eines ererbten Vermögens, harte Strafen wegen absichtlicher Steuerhinterziehung und Straffreiheit für Verhinderung unvollständiger Steuererklärungen für das Jahr 1913. Mit alledem dürfte ein ganz erheblicher Mehrertrag erzielt werden. Was wir aber vermiffen, ist die Verpflichtung der Banken zur Angabe der ihnen anvertrauten offenen Depots. Wenn man sich nicht scheut, Zwang und Druck einzusetzen, um über das Arbeitseinkommen der Bürger richtige Auskunft zu gewinnen, warum macht man gegen die Verheimlichung von Kapitalvermögen keinen Gebrauch von Zwangsmitteln? Wir haben alle das liberale Wahlgelächter noch in den Ohren, daß die „Agrarier“ dem Staate nicht geben wollten, was ihm gebühre, daß sie ihren Einfluß auf die Gesetzgebung nicht raubten, um sich steuerfrei zu halten. Da dürfen wir wohl annehmen, daß die Liberalen mit Vergnügen bereit sein werden, die Steuerhinterziehungen des mobilen Kapitals zu verhindern. Wir behaupten nicht, daß sie tatsächlich in großem Maßstabe betrieben werde, obwohl in Bankkreisen darüber Legenden erzählt werden und allerlei Legenden umgeben. Aber möglich und bequem sind Steuerhinterziehungen durch Hinterlegung des Effektenbuchs bei einer Bank oder mehreren Banken. Die Banken werden sich ohne Zweifel eine Ehre daraus machen, ihre Kunden vor der Verwirrung hoher Geld- und Gefängnisstrafen zu bewahren, indem sie der Steuerbehörde die Effektenlisten und den Kontoabdruck ihrer Kunden jederzeit vorzulegen sich bereit erklären. Zwar werden die unverbesserlichen Feinde des Fiskus dann der Bank geschlossene Depots übergeben oder sich ein Zafe mieten. Aber das ist immerhin unbequem und für Spekulationsgeschäfte hinderlich. Auch die Auswanderung der Effekten in die Bank von England dürfte keinen allzu großen Umfang annehmen. Und wenn auch! Der Besitzer von Liegenschaften und Hypotheken, der Inhaber einer Handelsfirma, der Beamte, Angestellte und Arbeiter — alle sind in ihren Steuererklärungen kontrollierbar; nur der Effektenbesitzer entzieht sich aufs leichteste der Nachforschung der Steuerbehörde. Und da die Herren im Reich der Vaterlande so gern neue Besitztümer zuführen, werden sie auch mit Vereisterung für jedes Mittel zur richtigen Verteilung der alten Pflanzsteuern eintreten, selbst auf Kosten der Bankdividenden. Die Regierung könnte also mit Sicherheit auf einstimmige Annahme einer solchen Ergänzung ihres Entwurfes rechnen und wenn sie etwa glaubt, mit Rücksicht auf Seehandlung, Reichsbank, Sparkassen und Staatsschuldenbuch, die nicht auszunehmen wären, kein Lager zu müssen, dann möchten wir der konservativen Fraktion empfehlen, dem Liberalismus zuvorzukommen, der sicher schon einen Antrag dieser Art vorbereitet.

Neue Bestimmungen für Militäranwärter. Bezüglich der Zahlung von Remunerationen an Militäranwärter, die nicht mehr im Militärverbände stehen und informatorisch beschäftigt werden, ist in einem Erlaß bestimmt worden, daß die Remunerationen nicht nur Anwärtern ausbezahlt werden, die während ihrer informatorischen Beschäftigung in den Regierungsbureaus behufs späterer Anstellung als Kreisassistenten Beschäftigung finden, sondern auch auf solche Militäranwärter, die nach ihrem Ausscheiden aus dem Militärverbände eine Zivilbeamtenstelle bereits innegehabt hatten, oder zur Zeit ihrer Einkerfung für eine Kreisassistentenstelle noch befreiden. Die betreffende Remuneration kann z. B. einem früheren berittenen Gendarmenröckelmeister der für die zu besetzende Kreisassistentenstelle einkommen ist, nicht vorenthalten werden, trotzdem er aus seiner früheren Stellung bereits seine Zivilpension bezieht. Auf dieses Beispiel würden aber die Kürzungsbestimmungen des § 27 des Zivilpensionsgesetzes Anwendung zu finden haben. Ferner ist eine Ministerialverordnung erlassen, die bestimmt, daß Anwärter, die in das Bewerberverzeichnis für Oberlandesgerichtsbezirke eingetragen sind und auf die in Aussicht stehenden Diätarstellen nicht verzichtet haben, und die Annahme solcher Stellen ablehnen, aus dem Bewerberverzeichnis einfach zu streichen sind. Wenn ein Militäranwärter oder Inhaber des Anstellungsscheines sich in solche Bewerberverzeichnis eintragen läßt, so hat er in Zukunft mitzuteilen, ob er auch außerhalb des Heimatbezirk des diätarischen Stellen anzunehmen bereit ist. Im Falle eine solche Erklärung nicht innerhalb einer Woche erlassen wird, wird angenommen, daß die Stellen nur in seinem Heimatbezirk in Betracht kommen.

Die sozialdemokratischen Stadtverordneten in Solingen lehnten den städtischen Zuschuß zu Kaisers Geburtstagsfeier mit der Begründung ab, daß die Bevölkerung durch die Wahl des sozialdemokratischen Kandidaten Schreibern angezeigt habe, daß sie in ihrer Mehrheit republikanisch gesinnt sei.

Oesterreich-Ungarn.

Aus Anlaß des heutigen Geburtstages des deutschen Kaisers fand gestern abend eine Kaiserfeier statt, an der der deutsche Botschafter, der bayerische und sächsische Gesandte, der deutsche Generalkonsul u. a. teilnahmen. An den deutschen Kaiser wurde ein Jubelungstelegramm abgesandt.

Die Erkrankung des Grafen Lehrenthal soll zu einer provisorischen Lösung der Krise im auswärtigen Amte führen. Graf Lehrenthal wird einen längeren Ur-

laub erhalten und seine Vertretung soll, wie im Vorjahre der Botschafter in Konstantinopel, Margraf Pallavicini, übernehmen, der bereits nach Wien unterwegs ist.

Italien. Der Krieg mit der Türkei. Nach amtlichen Meldungen bombardierten die Italiener die Häfen Vio und Suliman und versuchten eine Landung. Der Versuch scheiterte jedoch an dem Widerstande der Türken und Araber. Ueber den Zwischenfall der „Garthage“ und „Manuba“ hat die italienische Regierung eine Note veröffentlicht, die von der französischen Regierung als befriedigend betrachtet worden ist. — Der französische Postdampfer „Lavinant“ wurde am 25. d. M. abends 10 Meilen von der Küste auf der Höhe von Tiban von einem italienischen Torpedoboote weggenommen und nach Tripolis gebracht.

Frankreich. Der französisch-italienische Zwischenfall ist zur Friedlichkeit beider Länder beigelegt. Der französische Postdampfer Garthage hat von der französischen Regierung Befehl erhalten, die türkischen Passagiere in Capitari abzuholen, um sie nach Marseille zurückzubringen.

Das Protektorat Frankreichs über die Katholiken im Orient. Frankreich hat durch den italienisch-türkischen Krieg jetzt Gelegenheit, sein Protektorat über die Katholiken im Orient auszuüben. Wenn es auch durch das Einschreiten Deutschlands noch nicht zu der angedrohten Ausweisung der Italiener aus der Türkei gekommen ist, so würde sie doch einige Kongregationen getroffen haben, wenn sie nicht Frankreich unter seinen Schutz genommen hätte. So verweigerte die türkische Regierung die Ausweisung des katholischen Pfarrers von Beirak bei Smyrna, weil er italienischer Nation ist. Der Pfarrer wandte sich an den französischen Konsul in Smyrna, der wieder Instruktionen bei seinem Botschafter in Konstantinopel einholte. Sie lauteten dahin, daß Frankreich wegen seines Protektorates über die Katholiken im Orient, das besonders hinsichtlich des Klerus gelte, sich der Priester annehmen werde, welcher Nation sie auch immer angehören. Tatsächlich machte der französische Botschafter Compad in Konstantinopel eine offizielle Demarche bei der hohen Pforte. Er erklärte dem Minister des Aeußeren, daß Frankreich eine Ausweisung von katholischen Priestern italienischer Nation nicht zulassen könne, weil es sie als französische Schützlinge betrachte. Am meisten fürchtete die Ausweisung die Klosterbater vom heiligen Anton in Pera, die sich wegen gewisser Zwistigkeiten mit dem ehemaligen französischen Botschafter Constant unter italienischen Schutz gestellt haben. Damals kam auch zwischen den französischen und italienischen Ministerium des Aeußeren ein Uebereinkommen zustande, demzufolge sich die italienischen Priester unter den Schutz ihrer eigenen Nation stellen können. Deshalb haben sich auch die Dominikaner der Peterskirche in Galata unter italienischen Schutz begeben. Damit nun auch diese beiden Orden von der Ausweisung verschont bleiben, wurden sie von Frankreich unter seinen Schutz genommen. Frankreich erwirkte ferner die Zollfreiheit für die Klosterbrüder vom heiligen Anton zum Bau ihrer Kirche in Pera, die wohl das schönste Gebäude von Konstantinopel werden dürfte. Sie sind jetzt in der Lage, sich die Baumaterialien und Kultusgegenstände aus Europa kommen zu lassen, ohne wegen des Zolles den doppelten Preis des Wertes zahlen zu müssen. Diese Maßnahmen Frankreichs haben sein Ansehen im Orient erhöht. Man zieht Vergleiche zwischen der Intervention Deutschlands in der Türkei, die sich nur auf italienische Interessen weltlicher Natur erstreckt, während Frankreich die durch italienische Erdensleute geschaffenen geistlichen Güter schützt.

Frankreich und der Vatikan. In den politischen Kreisen Frankreichs macht sich das Bestreben geltend, zum Vatikan wieder in Beziehungen zu treten. Tatsächlich sind schon unter dem Ministerium Caillaux Verhandlungen eingeleitet worden. Sie werden von dem französischen Botschafter Verrere beim Quirinal geführt. Die Verhandlungen sind so weit gediehen, daß demnächst schon die Ernennung eines französischen Gesandten zum Vatikan zu erwarten ist. Ein Beweis der Besserung in den vatikanischen-französischen Beziehungen ist die Tatsache, daß der Heilige Stuhl die in der Türkei lebenden italienischen Katholiken unter den Schutz des französischen Botschafters Compad in Konstantinopel gestellt hat. Den Anlaß zur Wiederaufnahme der französisch-vatikanischen Beziehungen gab die französische Diplomatie. Sie war zur Einsicht gekommen, daß der durch die Kündigung des Konkordates erfolgte Bruch mit dem Vatikan eine bedeutende Schwächung der Stellung Frankreichs auf der ganzen Erde zur Folge hatte. Gegenwärtig ist man in Frankreich auf der Suche nach einer Form der Wiederherstellung der offiziellen Beziehungen der Republik zu Rom, welche nicht den Widerstand und die Unzufriedenheit der radikal-sozialistischen Partei hervorruft.

Großbritannien.

Der neue englische Flottenstützpunkt. Ueber die Arbeiten der Flottenstation bei Rosyth wird mitgeteilt, daß nach Beendigung der Arbeiten im Jahre 1914 dieser Stützpunkt der englischen Flotte der größte sein wird, den England besitzt. Bis zu diesem Zeitpunkte werden die Arbeiten über 200 Millionen Mark veranschlagt haben. In Rosyth wird man über sechs Trockendocks verfügen, die in der Lage sind, die größten Panzerkreuzer aufzunehmen. Das Zentralkabin wird mit Leichtigkeit die Aufnahme einer ganzen Flotte gestatten. Die Arbeiten werden Tag und Nacht fortgesetzt. 8000 Arbeiter sind augenblicklich am Bau der Flottenstation beschäftigt.

Serbien.

Drohender Umsturz in Serbien? Die regierungsfreundliche „Tribuna“ veröffentlicht sensationelle Mitteilungen über bevorstehende ernste Ereignisse, als deren Urheber der Offiziersbund Schwarze Hand und ein weiterer politischer Geheimverband Einigkeit oder Tod bezeichnet werden. Sie schreibt: „Wir stehen an der Schwelle ernster Ereignisse. Die Lage in Belgrad ist völlig dieselbe wie die im Juni 1908. Eine Militärdiktatur steht bevor, mit der Regierung soll gründlich abgerechnet werden. Die Regierung ist ein Spielzeug der Schwarzen Hand; der Zusammenstoß zwischen dem Thronfolger und dem Kriegsminister Stepanowitsch, einem der Leiter des Geheimbundes, zeigt dies eckant. Die Anzeichen eines drohenden Umsturzes mehren sich.“